

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Hermann Borchers, Dresden, Postfach 10011  
Herausgeber: Hermann Borchers, Dresden, Postfach 10011  
Druck: Hermann Borchers, Dresden, Postfach 10011

Verleger: Hermann Borchers, Dresden, Postfach 10011  
Herausgeber: Hermann Borchers, Dresden, Postfach 10011  
Druck: Hermann Borchers, Dresden, Postfach 10011

Verleger: Hermann Borchers, Dresden, Postfach 10011  
Herausgeber: Hermann Borchers, Dresden, Postfach 10011  
Druck: Hermann Borchers, Dresden, Postfach 10011

## Die Verwaltungsreform wird fortgesetzt

### Wege zur Austräumung des Preußenkonflikts

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. Okt. Unter dem Vorsitz des Reichskommissars für Preußen, des Reichskanzlers von Papen, hielt heute die kommissarische preussische Staatsregierung eine Ministerialtagung ab, in der man sich im besonderen mit dem Kommissar für die Verwaltung befaßte, die sich aus dem Weizsäcker-Urteil ergeben. Ferner fanden im Laufe des Donnerstagnachmittags Besprechungen mit den an den preussischen Dingen zunächst beteiligten Reichsministern statt, die am Freitagvormittag um 11 Uhr beginnenden Sitzungen des Reichskabinetts folgten. Wie man an wohlunterrichteten Stellen hören kann, sind bedeutsame Entschlüsse des Reichskabinetts zu erwarten, die in der Richtung

eines weiteren Schrittes zur Beseitigung des Dualismus zwischen dem Reich und Preußen

laufen werden. Ob diese Entschlüsse des Reichskabinetts, wie man in der Preussischen Presse vermuten zu können glaubt, in einer weiteren Vereinfachung der preussischen Verwaltung, also in der Verringerung der Zahl der preussischen Ministerien durch Zusammenlegung mit Reichsministerien, bestehen wird, bleibt abzuwarten. An sich wäre es durchaus denkbar, daß das Reichskabinett auch diesen Gedanken schon früher in Aussicht genommenen Plan jetzt wieder aufgreift und so der früheren preussischen Regierung Braun-Seyring die Möglichkeit nimmt, in der preussischen Verwaltung erst eine dann schwer wieder aufzumachende Verwirrung anzurichten. Diese Möglichkeit findet bereits lebhaftesten Widerstand in der Preussischen Presse, die überhaupt ein derartiges Vorgehen „leider so aus, wie wenn man im letzten Augenblick dem Staatsministerium den Boden unter den Füßen wegziehen wollte.“ Diese Behauptung geht jedoch an den Tatsachen vollkommen vorbei; sie läßt bewußt außer acht, daß es auch, wenn die Mitglieder des Kabinetts Braun-Seyring sich darauf beschränken, lediglich Klagen über die von der kommissarischen Regierung getroffenen und zu treffenden Maßnahmen anzuhören, auf die Dauer doch in die preussische Beamtenchaft die größte Verwirrung und Unruhe zu bringen werden müßte.

Gerade um den Anstoß zu vermeiden, als wäre die preussische Beamtenchaft genötigt, nach dem Vorliegen des Weizsäcker-Urteils nunmehr zwei Herren zu dienen, würde man es in allen die Lage unvoreingenommen betrachtenden Kreisen begrüßen, wenn das Reichskabinett durch entsprechende

Nachnahmen nicht nur die Verwaltung vereinfacht, sondern auch dafür sorgte, daß dem Zustand, daß es zwei preussische Regierungen gibt, so oder so ein Ende bereitet wird.

Am kommenden Sonnabend wird der Reichspräsident den früheren preussischen Ministerpräsidenten Braun in Gegenwart des Reichskanzlers von Papen empfangen. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß dieser Empfang dazu dienen wird, Braun die Maßnahmen, die das Kabinett am Freitag beschließt, mitzuteilen. Ungewißheit des in voller Schärfe aufrechterhaltenen sachlichen Standpunktes wollen Reichspräsident und Reichsregierung durch diesen Empfang zeigen, daß sie die Formen politischer Höflichkeit auch gegenüber der früheren preussischen Regierung zu wahren gewillt sind.

### v. Papen Mitte November in Dresden

Dresden, 27. Okt. Wie wir erfahren, wird der angekündigte Besuch des Reichskanzlers v. Papen in Dresden nicht mehr vor den Wahlen, sondern wahrscheinlich eine Woche nach ihnen stattfinden, und zwar hat man als Termin Montag, den 14. November, vorgezogen. Ueber das Programm des Besuches haben zwar bereits Erwägungen stattgefunden, doch ist es in den Einzelheiten noch nicht endgültig festgelegt.

### Das Reichskuratorium geht an die Arbeit

Berlin, 27. Okt. Die neuernannten Mitglieder des Reichskuratoriums für die Jugendberichterstattung trafen heute zum erstenmal zu einer Sitzung zusammen. Reichsinnenminister Freilinger von Gagl hielt eine Begrüßungsansprache, und der zuständige Referent im Reichsinnenministerium, Oberregierungsrat Erbe, sprach über die Aufgaben, die das Reich dem Reichskuratorium überwiehen hat. Es fand dann eine Besichtigung einer Lehrschule in Überberg statt, wo die jungen Leute aus den verschiedenen Wehrverbänden schon gemeinsam ausgebildet worden.

### Pänder Regierungspräsident in Münster

Berlin, 27. Okt. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ist der frühere Staatssekretär in der Reichskanzlei, Dr. Pänder, zum Regierungspräsidenten in Münster ernannt worden.

## Herriots Partei spricht von Annäherung

### Radikalsozialistische Theorie und Praxis

Paris, 27. Oktober. Die „Republique“ veröffentlicht den Bericht über die ausenpolitische Lage des stellvertretenden Vorsitzenden des auswärtigen Ausschusses der Kammer, de Tessan, der der Landesdelegation der radikalsozialistischen Partei vorliegen wird.

Die erste Bedingung für eine Entspannung in Europa, heißt es darin, sei die Beseitigung der Streitigkeiten mit dem Deutschen Reich. Es sei festzuhalten, daß die Ausbeutung ein Fehler war

und zu bedauern, daß die demokratischen Elemente Deutschlands zu gewissen Teilen nicht besser unterrichtet wurden. Daraus soll nicht gefolgert werden, daß Frankreich die Augen vor den verhängnisvollen Plänen der deutschen Militärführer und den verhängnisvollen Plänen der deutschen Wiedergeburt schließen vor der Gefahr einer alldeutschen Wiedergeburt und eine so. Mit diesem Deutschland müsse man rechnen und eine außenpolitische Verständigung finden. Das sei allerdings eine schwierige Aufgabe, da die deutsche Regierung Frankreich für den großartigen Nachlass der Reparationen und für die liberale Haltung in Lausanne wenig Dank wisse. Das Reich aber kein Grund, diese Politik zu bedauern, die Frankreich den Vereinigten Staaten gegenüber in eine günstige Lage gebracht habe, da Frankreich nun von den Vereinigten Staaten Schuldennachlässe in gleichem Ausmaße verlangen könne.

Die Lausanner Konferenz habe zur finanziellen Klärung beigetragen.

Zu der Frage der Gleichberechtigung gibt der Bericht eine gewundene Antwort, weil er der deutschen Gleichberechtigungsforderung augenscheinlich keine haltbaren Gegenargumente entgegenstellen kann. Zunächst wird festgestellt,

nemand habe in Frankreich den Grundlag bestritten, daß die Völker gleiche Rechte und das Recht auf Unabhängigkeit hätten.

Die Forderungen eines jeden Volkes müßten Bestimmungen unterworfen werden, die der Bevölkerung, dem zu verteidigenden Gebiet, den kolonialen Besitzungen, der Art der Grenzen, dem Straßen- und Wasserbau, der Industrie und den Boden, dem Strafen- und Währungs- „Risikopotential“ Rechnung tragen, und dem ganzen „Risikopotential“ Rechnung tragen. Aus der Gleichheit der Rechte folge die Gleichheit in der Ausführung und in der Sicherheit.

Wie die radikalsozialistische Politik in der Praxis aussieht, zeigt leider nicht der Führer dieser Partei, Ministerpräsident Herriot.

Der „Paris Soir“ glaubt zu wissen, daß der französische Sicherheits- und Abrüstungsplan sowohl für Frankreich als auch

für Deutschland die Schaffung einer neunmonatigen Militärdienstpflicht vorsehe,

so bald die Sicherheitsbedürfnisse gegeben seien. Das die Gleichberechtigungsforderung Deutschlands angehe, so gestehe der Plan dem Reich die wertmäßigere, nicht aber die mengenmäßigere Gleichberechtigung an.

### Emil Ludwig mit Herriot gegen Deutschland

Berlin, 27. Oktober. (Via Drahtmeldung.) Der letzte Schweizer Staatsbürger Emil Ludwig betätigt sich nun ganz offen in Lager der Gegner Deutschlands. In Paris, wo er gegenwärtig zu Propagandavorträgen weilt, erklärte er einem französischen Journalisten, daß Deutschland gerade im gegenwärtigen Augenblick großes Unrecht getan habe. Damit man genau versteht, wie Herr Emil Ludwig das meint, fügte er hinzu: „Frankreich ist heute Herriot. Er ist aufrichtig und ehrlich. Er hat recht, daß er zunächst einmal die Sicherheit will. Aber Frankreich ist auch der Republikain, der mir über mein Buch „Napoleon“ Komplimente gemacht hat.“

### Paul Löbe möchte im Rundfunk sprechen

Berlin, 27. Okt. (Via Drahtmeldung.) Der Sozialistische Kulturbund hatte für den 9. November bei der Deutschen Botschaft in Berlin eine Kundgebung beantragt, den Genossen Paul Löbe, den früheren Reichstaatspräsidenten, über das Thema „Der 9. November und die Arbeiterkämpfe“ sprechen zu lassen. Sowohl die Direktion der Deutschen Botschaft als auch die Berliner Funkrunde haben dieses Ansinnen jedoch abgelehnt.

### Arbeit für 500 000 Wohlfahrtsberwerblose?

Berlin, 27. Okt. Wie der Berliner Börsen-Courier erfährt, wird das Reichskabinett vielleicht schon in seiner Sitzung am Freitag über einen Plan der Gemeinden Beschlüsse fassen, der die Arbeitsbeschaffung für 500 000 Wohlfahrtsberwerblose zum Ziel hat. Die Gesamtkosten dieser Aktion belaufen sich dem „B. C.“ zufolge auf rund 750 Millionen Mark.

### Der preussische Konflikt

Nicht einmal zwei Tage sind seit der Verkündung des Weizsäcker-Urteils vergangen, und schon zeigt sich, daß der neu geschaffene Zustand sowohl zwischen den beiden Regierungsgewalten in Preußen, wie auch im Verhältnis Preußens zum Reich völlig unhaltbar ist. Wir haben an dieser Stelle eine solche Entwicklung schon bei der Besprechung des Urteils als unausweichliche Folge dargelegt. Unterdessen hat sich erwiesen, daß der preussische Ministerpräsident Braun überhaupt kein Interesse daran hat, seine Unabhängigkeit, wie sie im Weizsäcker-Urteil gegeben ist, klar abzugrenzen. Er denkt nicht im entferntesten daran, die tatsächliche Regierungsgewalt des Reichskommissars in Preußen anzuerkennen und sich mit der ihm und seinen Ministerkollegen zustehenden Vertretung des Landes im Reichsrat und vor dem Landtag zu begnügen. Das war um so mehr zu erwarten, weil die Braun und seinem Kabinett im Urteil zugewiesene Stellung über kurz oder lang zu grotesken Situationen geführt hätte. Da Braun und Seyring aber vor allem Parteileute sind, konnten sie sich einer solchen Lage um so weniger ausbeugen, als sie ja nunmehr gerade ihren sozialdemokratischen Gefinnungsfreunden, als deren Exponenten sie sich fühlen, beweisen müssen, daß sie die ihnen wieder zugewiesene Machtposition kräftig im Interesse der Sozialdemokratie ist vor allem an die Weizsäcker vom 6. November geknüpft, und alles, was Braun und Seyring bereits unternommen haben und in den nächsten Tagen noch unternommen werden, soll die reichlich mündige Wahlpropaganda der SPD, wieder beleben. Als die preussischen Minister ihre Wahlreden unterbrechen, um in ihre verwalteten Ämter zurückzukehren, da waren sie sich darüber klar, daß es diese Chance zu nützen gelte, um aus dem Weizsäcker-Urteil für die Partei und das eigene Ansehen das menschenmögliche herauszuholen. Man hat es Seyring und Braun bekanntlich in der eigenen Partei zum schweren Vorwurf gemacht, ihre Machtposition in Preußen kampflos am 20. Juli geräumt zu haben. Namentlich die jüngeren und radikalen Elemente haben das „Verfagen“ ihrer Genossen-Staatsmänner zu einer förmlichen Palastrevolution ausgehöhlt und eine merkliche Radikalisierung der Partei durchgesetzt. Naturnotwendig werden gebindert Ansehen in der Partei wieder zu stärken. Schon die „Laten“ der ersten 24 Stunden ihrer Amtstätigkeit lassen darüber keinen Zweifel. Entsprechend diesen Absichten ist die Regie der „Eisenfront“ beim Einzug der Minister in Berlin bereits in Tätigkeit getreten. Man hat ihnen Hochrufe ertönen lassen, und die Herren haben verbindlich und huldvoll nach allen Seiten gedankt. Das nationale deutsche Volk aber frast sich befohlen, soll der Sinn des Weizsäcker-Urteils, über dessen politische Undurchführbarkeit niemand ernsthaft im Zweifel sein kann, nur der sein, daß die Sozialdemokratie sich eine billige Wahlpropaganda schafft, die letzten Endes auf Kosten der Staatsautorität gehen muß?

In der Tat ist die Lage außerordentlich ernst. Die schwarz-rote Regierung in Preußen scheint entschlossen zu sein, den Konflikt mit dem Reich und dem Reichskommissar auf die Spitze zu treiben. Sie verlangt nichts weniger als die sofortige Aufhebung der Notverordnung, die sie ihrer Machtposition entlehnt hat. Das Weizsäcker-Urteil ist für die Regierung nicht das letzte Wort, denn es schließt eine Wiedererhebung der alten Minister in ihren früheren Machtbereich ja ausdrücklich dadurch aus, daß es den Reichskommissar als Inhaber der Staatsgewalt bestätigt. Es ist ein hartes Stück, solche Forderungen mit der Verankerung zu verknüpfen, man habe schon immer loyal mit den Reichsregierungen der verschiedensten Art zusammengearbeitet. Wenn weiter Braun für sein Kabinett die Einkitt in alle Akten und die Wiedererhebung aller seitdem verschwundenen Parteibuchbeamten fordert, wenn er es als eine Selbstverständlichkeit betrachtet, die Preußenkasse wieder ausgeteilt zu erhalten, und wenn ausgerechnet Herr Kiepper, gegen den eine sehr ernste Untersuchung schwebt, erneut über die preussischen Staatsfinanzen unbeschränkt gebieten soll, so muß sich daraus Konfliktstoff auf Konfliktstoff häufen, der, wenn man diese Entwicklung treiben lassen wollte, eines Tages zu einer Explosion führen müßte, die größten Schaden im Besitze des deutschen Staatsaufbaues anrichten müßte. Für den Reichskommissar würde nach Brauns Wünschen nichts mehr bleiben, als die Vollstreckungsmacht. Ganz zu

Heute: **D.N.**-Krafftahret  
Seite 13 und 14